

# Breslauer



# Beitung.

N<sup>o</sup>. 274.

Donnerstag den 3. Oktober

1850.

## Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

**Hamburg, 30. September.** Mit dem Abendzuge kam die Nachricht, daß die Holsteiner zwei Schanzen bei Friedrichsstadt mit dem Bajonett genommen und 14 verunglückte Kanonen erbeutet haben. Die Stadt soll eernirt sein.

Die Besatzung von Tönningen, 150 Mann, wurde theils niedergemacht, theils gefangen genommen. — (Die vorstehende telegraphische Nachricht ist verspätet und deshalb gleichzeitig mit den Zeitungs-Nachrichten — s. unten — hier eingegangen.)

**Kassel, 30. September.** Die hiesige Besatzung ist durch 3 Bataillone verstärkt worden. Eine erscheinende Verordnung beschränkt die Gerichte durch Entziehung jeder Cognition über Gültigkeit und Wirksamkeit der erschienenen und noch erscheinenden Verordnungen. Sie stellt nochmals alle Behörden und öffentliche Diener unter den Oberbefehlshaber, hebt die Wirksamkeit gerichtlicher Ansprüche wegen Verfassungswidrigkeiten und Handelns öffentlicher Personen auf. Kriegsgerichte werden nicht nur für Militärpersonen allein, sondern für alle Zuwiderhandelnde eingesetzt; es soll aber meistens nach Civilstrafgesetzen erkannt werden. Die Bürgergarde soll gerichtlichen Requisitionen nicht Folge leisten, und wird unter Militärkommando gestellt. Zum Schluß eine Belehrung über Verantwortlichkeit und Eidesbezeugung der Beamten. — (Auch diese telegraphische Nachricht ist verspätet eingegangen. Durch die Aufmerksamkeit unseres Korrespondenten in Kassel sind wir in Stand gesetzt, die erwähnte Verordnung wörtlich mitzutheilen. S. Deutschland.)

**Kassel, 1. Oktober.** Der Landtagsauschuss beleuchtet die letzte Verordnung und das Manifest des Ministeriums, und legt feierlich Verwahrung dagegen ein. Eine neue Verordnung von heute macht den General Haynau, wegen Krankheit Bauers zum Oberbefehlshaber. Dieser droht in einer Proklamation, mit ausgedehnter Vollmacht versehen, das Schwert der Obrigkeit mit Entschiedenheit zu führen. — Der Landtagsauschuss hat einen Nachtrag zur Ministeranfrage geliefert. — Militärverordnungen wurden vorgenommen.

**Paris, 30. September.** Der „Constitutionnel“ erklärt aus authentischer Quelle, der Präsident wolle keine Usurpation.

Lucian Murat ist nach Turin abgereist.

In Straßburg siegten bei den Generalrats-Wahlen zwei moderirte Kandidaten.

Die deutschen Angelegenheiten fangen an die Aufmerksamkeit der Börsenwelt auf sich zu ziehen. — Der „National“ giebt heute ein interessantes Verzeichniß der Städte, in welchen die Kirche sich des Jugendunterrichts bereits bemächtigt hat.

3% 57, 55. 5% 92, 55.

**Hamburg, 1. Oktober.** Berlin-Hamburger 89 1/2. Köln-Minden 96 1/2. Nordbahn 37 1/2. Getreide still. Del stille. Kaffee sehr ruhig. Zink 2000 Ctr. p. Frühjahr 10 1/2, 2000 Ctr. Lieferung 10 1/2.

**Stettin, 1. Oktober.** Roggen p. Herbst 33 1/2. p. Frühjahr 37 1/2. Weizen p. Herbst 12 1/2. p. Frühjahr 22 1/2. Spiritus 24 1/2. p. Frühjahr 22 1/2. Obd.

**Frankfurt a. M., 1. Oktober.** Nordbahn 41 1/2. Wien 100 1/2.

**Stuttgart, 30. September.** Die Landesversammlung ist auf den 4. Oktober einberufen.

**Turin, 28. September.** Die Gemächer des hiesigen Erzbischofs wurden versiegelt. Herrn Franzoni wurden 3 Pässe überreicht, um sein Exil nach Genua zu wählen. Er hat gegen seine Verweisung Protest eingelegt, ward jedoch fortgeführt, ohne daß man weiß wohin. Am 21. ward auch der Erzbischof von Cagliari des Landes verwiesen, und am 22. bereits nach Civitavecchia befördert, weil er einen Widerruf energisch verweigerte. — Das Marineministerium soll von dem Kriegsministerium getrennt, und dem Handelsministerium einverleibt werden.

## Uebersicht.

**Breslau, 2. Oktober.** Der Staats-Anzeiger publicirt die Ernennung des geh. Legationsraths v. Sydow zum provisorischen Unterstaatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, so wie zum Vertreter Preussens und Vorstehenden im Fürsten-Kollegium. Ferner theilt dasselbe Blatt einen protokollarischen Auszug in Betreff der letzten Sitzung des Fürsten-Kollegiums mit, in welchem die Abschiedsrede des Ministers v. Radow als wichtiges berichtet wird. Der Auszug schließt mit der bemerkenswerthen Anzeige: „Die Sitzung schloß nach vertraulichen Mittheilungen über die schwebenden Verhandlungen der kaiserlich preussischen mit der k. k. österreichischen Regierung hinsichtlich der Verwaltung des Bundes-Eigentums und der Neueinführung der Verfassung für den weiteren Bund.“ Diese Meldung enthält viele Räthsel. — Die ministerielle C. C.-Korrespondenz meldet ein Gesetz an, welches die Auflösung des bisherigen Staatsraths ausspricht.

Aus Posen meldet die dortige Zeitung, daß der Befehl zur Mobilmachung des 8. Infanterie-Regiments eingegangen sei. — In der Rheinprovinz dauern die Truppenbewegungen zu Konzentration der dort aufgestellten Beobachtungs-Corps fort. — Durch Hannover sind am 29. September 180 preussische Fußkavallerie, welche nach Düsseldorf gehen.

Die Anführung von Truppenmassen in Kassel hat begonnen. Bereits am 29. September Abends ist in Bataillon des 3. Infanterie-Regiments unter dem Jubel des Volkes einmarschirt. Wogu diese

Truppen dienen sollen, zeigt eine kaiserliche Verordnung, die am 30. September publicirt worden ist. Derselbe besagt: daß weder den Gerichten noch andern Behörden die Befugnisse zustehen, über die Gültigkeit und Wirksamkeit der erscheinenden kaiserlichen Verordnungen ein Urtheil zu fällen, auch werden die in dieser Beziehung bereits ergangenen Ausprüche der Gerichte als ungültig erklärt. Alle Behörden, ohne Ausnahme, werden unter die Nachvollkommenheit des Militär-Oberbefehlshabers gestellt. Wer diesem zuwiderhandelt, verfällt dem Kriegsgericht, welches jedoch meist nach den Civil-Strafgesetzen erkennen soll. Die Bürgerwehr steht ausschließlich unter dem Militär-Kommando. — Der ständische Ausschuss hat am 1. Oktober gegen diese Verordnung einen energischen Protest erlassen. — Am selben Tage wurde General Haynau als Militär-Oberbefehlshaber proklamiert, und dieser zeigt in einem Manifest an, daß er, mit ausgedehnter Vollmacht versehen, das Schwert der Obrigkeit mit Entschiedenheit führen werde. — Leider ist zu fürchten, daß es nicht möglich sein wird, bei Ausführung dieser Maßregeln die Ruhe noch ferner aufrecht zu erhalten. Auf die gesammte Haltung des Militärs wird hierbei Alles ankommen. Bei letzterem sind viele Verlegungen vorgekommen.

Die Zollkonferenz in Kassel ist auf acht Tage verlagert. Die preussischen Vorschläge werden vorläufig durchgehen.

Auch die Hesse-Darmstädtische Regierung geht mit Entschiedenheit Maßregeln vor. Trotzdem, daß die Kammern die Steuern nicht bewilligt haben, schreibt dennoch die Regierung in einem Manifeste vom 30. September die Steuer-Erhöhung für das letzte Vierteljahr 1850 aus, und verkündet noch weitere Maßnahmen.

In Koburg haben Erzeffe gegen Beamte stattgefunden; es sind deshalb die Strafbestimmungen des Auftragsgesetzes publicirt und andere Vorkehrungen für Aufrechterhaltung der Ruhe getroffen worden. Von Gotha ist Militär nach Koburg abgegangen. — Dem Landtage zu Koburg hat die Regierung angezeigt, daß sie die der Staatshalterschaft von Schlewig-Holstein schulbige Summe von 2000 Thlr. ausbezahlt habe.

In Karlsruhe haben bedauernde Reibungen zwischen preussischen und badiischen Soldaten stattgefunden.

Auf dem Kriegsschauplatz in Schleswig-Holstein haben die Truppen unter General Willems am 29. September siegreich gekämpft. Die Außenwerke von Friedrichsstadt sind genommen, und die Stadt vollständig eernirt. Kommt kein bedeutender Entsatz von Seiten des dänischen Heeres, so muß sich die Besatzung ergeben. Sie ist bereits dazu aufgefordert worden, hat sich aber bis jetzt besser bewehrt. Der Angriff wird nun fortgesetzt, und ein anrückendes dänisches Entsatzungs-Korps nach Kräften fern gehalten werden.

In Paris wird man auf die Ereignisse in Deutschland aufmerksam. — Der Präsident sucht unter der Hand den Vorwurf der Usurpation von sich abzuwälzen.

## Preussen.

**Berlin, 1. Oktober.** Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Allerhöchsten Befehlenden bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, den Kammerherren, geheimen Legationsrath v. Sydow, provisorisch mit der Wahrnehmung der Stelle des Unterstaats-Sekretärs für die auswärtigen Angelegenheiten und insonderheit mit der Direktion der politischen Abtheilung des Ministeriums zu beauftragen; und die in Folge der Ernennung des Generalleutenants v. Radow zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten erledigte Stelle des Vertreters Preussens und Vorstehenden in dem provisorischen Fürsten-Kollegium, Allerhöchsten Befehlenden bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, dem Kammerherren, geheimen Legationsrath v. Sydow zu übertragen.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 3ten Klasse 102ter königlichen Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 2000 Rthlr. auf Nr. 24,668; 2 Gewinne zu 1000 Rthlr. fielen auf Nr. 47,551 und 50,779; 4 Gewinne zu 200 Rthlr. auf Nr. 5899, 16,679, 41,880 und 49,276 und 10 Gewinne zu 100 Rthlr. auf Nr. 403, 2831, 4465, 10,030, 30,125, 32,743, 53,253, 62,672, 64,748 und 70,071.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Herzog Karl zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, von Dredde. Se. Durchlaucht der Fürst Georg zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, von Krafau. Der Hof-Jägermeister von Jagelb-Gehag, von Neu-Vorpommern. — Abgereist: Se. Excellenz der wirkliche geheime Rath und Ober-Präsident der Provinz Posen, von Bonin, nach Stettin.

**Berlin, 1. Oktober.** (Protokollarischer Auszug.) Die über den Austritt des Generalleutenants v. Radow, als des bisherigen Vorstehenden des provisorischen Fürstenkollegiums, in der Sitzung vom 27. September d. J. stattgehabte Verhandlung lautet im protokollarischen Auszuge wie folgt: „Der Vorsitzende erklärt, daß er die heutige Sitzung mit einer ihm selbst betreffenden Mittheilung zu eröffnen habe. Des Königs Majestät habe den Freiherren v. Schleinitz auf dessen, durch Rückfichten für seine angegriffene Gesundheit veranlaßten dringenden Wunsch, von der Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten entbunden und ihm, dem Vorsitzenden, die Stelle des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten übertragen. In Folge dessen scheide er aus seinem bisherigen Verhältnis zu dem provisorischen Fürsten-Kollegium; sein bisheriger Stellvertreter, geheimer Legationsrath v. Sydow, werde die Stelle des kgl. preussischen Bevollmächtigten und Vorstehenden im provisorischen Fürstenkollegium für die nächste Zeit allein bekleiden. Die desfallsigen amtlichen Mittheilungen würden dem Kollegium baldigst zugehen. Ihm, dem scheidenden Vorsitzenden, bleibe nur übrig, den Mitgliedern des Kollegiums zu danken. Er habe sich in diesem Kreise mit Männern verbunden gewußt, denen er höchste Achtung schulde, mit Männern, bei denen Ehre, Patriotismus und Verstand in einem eben so schönen als seltenen Einklange stehe. Möge die Erinnerung an diesen Kreis ihm stets theuer bleiben, so werde es ihn innig freuen, wenn auch die Mitglieder des Kollegiums mit einiger Geneigtheit ihre Gedanken fernerhin auf ihn richten möchten. Was ihm persönlich das Scheiden erleichtere, sei der Umstand, daß sein Verhältnis zum Kollegium zwar verändert, aber nicht gelöst werde. Er glaube dabei versichern zu können, daß die Ueberzeugung, die in den Mitgliedern

des Kollegiums lebe, auch ihn durchdringe. So wenig die Mitglieder des Kollegiums auf ihrer Stelle verharren würden, wenn sie sich des ernstlichen Willens ihrer Regierungen in Förderung der großen Aufgabe nicht mehr bewußt wären, so wenig werde auch er, bei dem Mangel dieses Bewußtseins, die ihm übertragene Funktion fortzuführen vermögen. Die Ansichten über die dienlichsten Mittel zur Erreichung des Ziels seien zwischen ihm und den Mitgliedern des Kollegiums nicht immer dieselben gewesen; eine solche Differenz könne sich auch hin und wieder noch ferner fundgeben; über das Ziel selbst aber werde die Ueberzeugung stets eine einzige sein. Das Bewußtsein dieser Einigkeit werde auch fernerhin befähigen, eine gemeinschaftliche Linie des gedehlichen Handelns einzuhalten und dasjenige zu erkennen und anzuwenden, was sich am geeignetsten erweise, den Grundgedanken der Union zur rechten Zeit und in der angemessensten Weise ins Leben zu rufen. — Der großherzoglich badische Bevollmächtigte, Legationsrath v. Porck, spricht im Namen des Kollegiums das schmerzliche Bedauern über die Lösung der bisherigen nächsten Geschäfts-Verbindung mit dem scheidenden Vorsitzenden aus. Er verbindet damit den Ausdruck sowohl des lebhaftesten Dankes für die von dem Generalleutnant v. Radow seit seiner bewiesenen umsichtigen Leitung, für die der Sache zugewandte treue Sorgfalt, für freundliches Wohlwollen und offenes Entgegenkommen, als auch der festen, durch die letzten Worte des Scheidenden neu gekräftigten Zuversicht, daß derselbe auch in seiner künftigen Stellung der großen Aufgabe mit gleicher Treue zugehen bleiben werde. — Generalleutnant v. Radow kann und will das Letztere im vollsten, uneingeschränkten Sinne bejahen. — Es erfolgte sodann eine ausführliche Darlegung des augenblicklichen Standpunktes der kaiserlichen Angelegenheiten, des dabei von der kaiserlich preussischen Regierung bisher eingehaltenen Verfahrens und ihrer Einschließungen für die Zukunft. — Die Sitzung schloß nach vertraulichen Mittheilungen über die schwebenden Verhandlungen der kaiserlich preussischen mit der kaiserlich österreichischen Regierung hinsichtlich der Verwaltung des Bundes-Eigentums und der Neueinführung der Verfassung für den weiteren Bund. (St. Anz.)

**C. C. Berlin, 1. Oktober.** [Der Staatsrath.] Es ist in den öffentlichen Blättern mehrfach von einem Gesetzentwurf über Reorganisation des Staatsraths die Rede gewesen. Wie wir hören, ist allerdings ein solcher Gesetzentwurf in Beratung gewesen, jedoch von dem Staats-Ministerium die Vorfrage über das Bedürfnis eines Fortbestehens des Staatsraths überhaupt verneint worden. Was nämlich die demselben früher übertragene sogenannte administrative Aufsicht betrifft, so ist diese inzwischen an eigene Behörden, nämlich an den Disciplinarhof und den Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte übergegangen. Zum bloß legislativem Organ aber würde sich der Staatsrath innerhalb des jetzigen konstitutionellen Staats-Organismus nicht wohl eignen, da derselbe eine selbstständige Stellung den verantwortlichen Ministern gegenüber nicht einnehmen könnte, andererseits letztere aber auch nicht bloß der Vorbereitung der Gesetze an ein bestimmtes Organ gebunden sein können, sondern in der Wahl der je demaligen Kommissarien zu diesem Gesetze völlig freie Hand haben müssen, um ihr System und ihre Verantwortlichkeit zu schützen. Dem Vernehmen nach wird sich daher, was hinsichtlich des Staatsraths geschehen soll, auf ein Gesetz beschränken, welches die Auflösung dieser Institution ausspricht.

[Das statistische Bureau] in Berlin hat in seinen Mittheilungen den Anfang der Darstellung „einer statistischen Uebersicht des gesamten preussischen Militärs am Ende des Jahres 1849 nach Alters, Geschlechte, Ehe- und Religionsverhältnissen der verschiedenen Truppengattungen“ gemacht. Wir heben folgendes hervor: Die Militär-Einwohner des preussischen Staates werden am Ende eines jeden Jahres auf Veranlassung des königlichen Kriegsministeriums gezählt; die am Ende des Jahres 1849 stattgefundene Zählung traf das preussische Militär zum großen Theil entfernt von den gewöhnlichen Garnisonsorten und auch noch theilweise auf dem Kriegszuge an. — Die Zahl der außerhalb der Grenzen des preussischen Staates stehenden Truppen im Dezember 1849 betrug 43,655 Mann. Die dem preussischen Militär angehörigen Personen, mit Ausschluß der Familienmitglieder verheiratheter Militärs, betragen überhaupt 199,012. Im Jahre 1846 hatte die preussische Armee einen Personenstand von 138,810; 1847: 138,952; 1848: 191,887 Mann. Ende 1849 waren in der gesamten preuss. Armee aktiv: 6387 Offiziere oder 3,21 pCt., 3286 Militärbewerber oder 1,66 pCt., und 189,339 Unteroffiziere, Epeltelle und Gemeine oder 95,12 pCt. Es kam also 1 Offizier auf etwa 30 Gemeine.

In Beziehung auf die Altersverhältnisse der gesamten Armee, mit Ausschluß der unter 16 Jahre alten Kadetten und Bglinge in den Militär-Erhöhungsanstalten, so waren in einem Alter von 17 bis 19 Jahren 4251 Militärs, von 20—24 Jahren 132,706; von 25—32 Jahren 44,895; von 33—39 Jahren 7630 Personen; 40—50: 3214 Personen; von 46—60: 4059 Personen und über 60 Jahre alt: 1186 Personen. Die am Ende 1848 im preussischen Staate überhaupt gezählten übersechszehnjährigen Männer betragen 4,339,454; davon kommen auf die Jahre 17—19: 453,050; auf 20—24: 726,037; und auf 25—32: 1,093,754.

Wenn bei der bestehenden allgemeinen Militärfähigkeit von 100 im geistlichen Alter befindlichen jungen Leuten nur etwa 18 bis 19 zur Aushebung kommen, welche nach etwa 2 bis 3jähriger Dienstzeit wieder zu ihren bürgerlichen Geschäften zurückkehren, so wird dies im Allgemeinen in den gewöhnlichen Verhältnissen der Bevölkerung kaum bemerkbar werden. Von den am Ende des Jahres 1849 im preussischen Heere dienenden Militärpersonen waren Ende 1849 außerhalb Pforten: im Großherzogthum Baden: 19619 Militärs; in Preussens: 4878; in Mainz: 5081; in Frankfurt a. M.: 4531; im Herzogthum Sachsen-Altenburg: 406; in Hamburg: 3565; in Holstein und Schleswig: 5575 Mann.

Bei einer Personenzahl von etwa 155,000 Mann in den Linienregimenten der Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Pioniere gab es am Schluß des Jahres 1849 nur 2204 oder etwa 1 1/2 pCt. Militärs, die ein Zeugniß von der guten Disziplin im Eintritt zum Militärdienst auch nur ganz unbedeutenden Personen der, daß unter der großen Masse aus allen gesellschaftlichen Ständen von so sehr verschiedener Bildung und Erziehung immer Einige gefunden sind, welche sich Verlegen gegen die militärische Disziplin zu Gunsten kommen lassen, und es giebt Zeugniß von der allgemeinen sittlichen Bildung der Nation, daß deren Verhältnismäßig so wenige sind.

Bei der Neuwahl eines Abgeordneten zur 2ten Kammer für den Wahlbezirk Genua ist der Eigenhändig-Wienkowsky als Abgeordneter gewählt worden und hat die Wahl angenommen.

Bis zum 29. v. Mts. waren an der Cholera erkrankt gemeldet: 1011; Zugang bis zum 30. 16; Summa 1027. Davon sind gestorben 333; gestorben 578; in Behandlung geblieben 116; unter den zuletzt gemeldeten 16 sind 9 Todesfälle.

(Die Zahl der gewählten Abgeordneten zu den Ständeversammlungen der verschiedenen deutschen Staaten) beträgt: in Preussen zur 2ten Kammer 350, zur 1ten Kammer 180; in Bayern zur 2ten Kammer 146; in Sachsen zur 2ten Kammer 75, zur 1ten Kammer 50; in Hannover zur 2ten Kammer 79, zur 1ten Kammer 57; in Württemberg 64; in Baden zur 2ten Kammer 63, zur 1ten Kammer 8; in Kurhessen 48; im Großherzogthum Hessen zur 2ten Kammer 50, zur ersten Kammer 25; in Sachsen-Weimar 41; in Sachsen-Koburg 18 und in Gotha 25; in Sachsen-Meiningen 25; in Sachsen-Altenburg 29; in Braunschweig 54; in Nassau 41; in Mecklenburg-Schwerin (nach der jetzt aufgehobenen Verfassung) 60; in Oldenburg 46; in Anhalt-Desau 22; in Anhalt-Köthen 22; in Anhalt-Bernburg 16; in Schwarzburg-Rudolstadt 20; in Schwarzburg-Sondershausen 18; in Neuchâtel. Linie 12; in Neuchâtel. Linie 20; in Lippe 25; in Schaumburg-Lippe 20; in Waldeck 15. Hiernach kommt nach den verschiedenen Bevölkerungen 1 gewählter Abgeordneter in Preussen auf 46,000, in Bayern auf 31,500, in Sachsen auf 21,500, in Hannover auf 22,300, in Württemberg auf 27,200, in Baden auf 21,500, in Kurhessen auf 15,200, im Großherzogthum Hessen auf 17,000, in Sachsen-Weimar auf 6,300, in Sachsen-Koburg und Gotha auf 3,400, in Sachsen-Meiningen auf 6,400, in Sachsen-Altenburg auf 4,500, in Braunschweig auf 4,900, in Nassau auf 9,600, in Mecklenburg-Schwerin (oben) auf 8,800, in Oldenburg auf 6,000, in Anhalt-Desau auf 2,900, in Anhalt-Köthen auf 2,000, in Anhalt-Bernburg auf 3,000, in Schwarzburg-Rudolstadt auf 3,500, in Schwarzburg-Sondershausen auf 3,300, in Neuchâtel. Linie auf 3,000, in Neuchâtel. Linie auf 4,000, in Lippe auf 4,300, in Schaumburg-Lippe auf 1,400, in Waldeck auf 3,800 Seelen.

**Posen, 30. Sept.** [Mobilmachung.] Soeben erfahren wir, daß der Befehl ergangen ist, das 8. Infanterie-Regiment mobil zu machen. (Pos. Z.)

**Köln, 29. September.** [Militärisches.] Heute Morgen 6 Uhr verließ unsere Stadt das 18. Infanterie-Regiment und marschirte auf Elberfeld zu, um sich nach Paderborn zu begeben; und schon um 12 Uhr Mittags rückten einzelne Truppen des 15. Infanterie-Regiments, von Koblenz kommend, hier ein, welchen noch im Laufe des Tages das ganze Regiment folgte. — Gestern Abends traf mit dem letzten Zuge der rheinischen Eisenbahn der türkische Gesandte am englischen Hofe hier ein. (Rif.)

## Deutschland.

**\*\* Kassel, 29. Sept.** [Tagesneuigkeiten.] Heute rücken zwei Bataillone Infanterie und zwei Schwadronen Husaren und morgen ein Bat. Schützen hier ein. Die Straftheilung, welche bisher im Kassel einquartiert war, ist gestern schleunigst nach Hofheim verlegt worden. Weshalb diese unsere Citadelle geräumt worden ist und weshalb solche Truppenmassen hier zusammen gezogen werden, ist noch unbekannt. Wahrscheinlich will Hassenpflug einen neuen Trupps ausstellen. — Die Kommandanturen zu Marburg, Rotenberg und Ziegenhain, wo ein Theil dieser Truppen seit dem Kriegszustande lagen, sind aufgehoben worden. — Die Probennummer der „Kasselschen Zeitung“, redigirt von Berner und in Frankfurt gedruckt, ist gestern mit der Ober-Post-Amts-Zeitung angekommen und ausgegeben worden. — Daß unter dem Zusammenreffen aller dieser Umstände eine große Spannung der Gemüther hier herrscht, ist leicht begreiflich, aber dennoch nirgends Verzweiflung. Die zur Nachgiebigkeit geneigten, sehen ihr Ultimatum in der Eingabe des bleibenden Ausschusses an den Kurfürsten, worin diesem nochmals der Wahrheit gemäß die Sachlage vorgelegt wird und diejenigen, deren Muth eine Stütze bedurfte, erblicken diese in der Depesche, worin die preussische Regierung das Benehmen des Volkes als legal und das der Minister als einen Verfassungssbruch bezeichnet. Man kann sagen, diese Kassenricht brachte eine allgemeine freundliche Sensation hervor und hat die Haltung der Bürger neu gekräftigt.

**\*\* Kassel, 30. Sept.** [Einmarsch der Truppen. — Kurfürstliche Verordnung.] Wie ich gestern angezeigt habe, so ist es geschehen. Noch gestern Abend um 9 Uhr ist von Hanau ein Bataillon des 3. Infanterie-Regiments hier eingetroffen. Die Truppen wurden mit großem Jubel vom Bahnhofe bis in die Kaserne geleitet. — Die so eben ausgegebene Nr. 17 der „Gesetz-Sammlung für Kurhessen“ enthält folgende höchst wichtigen Aktenstücke:

**Verordnung** vom 28. September 1850, die weitere Handhabung und Ergänzung der Verordnung vom 7. d. M. über die Erklärung des Kriegszustandes, betreffend.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst v. d. Rhein, durch Unsern Minister v. M. publicirt. Der durch Unsern Verordnung vom 23ten d. M. publicirte Bundesbeschluß hat unter Andrerem das Verbot, welchen Wir bereits durch Unsere Verordnungen vom 4ten und 7ten d. M. dargelegt haben, die Artikel 25 und 26 der Wiener Schlussakte anzuwenden erklärt.

Wir müssen hierin die Verpflichtung als eine um so unabweislichere erkennen, durch die in der Verfassungskunde gegebenen Mittel weitere Vorbeuge zu treffen, daß jedem Fortschritte zum Umsturze aller staatlichen Ordnung eine unabsehbare Grenze gesetzt werde.

Nach § 2 der Verfassungs-Urkunde vom 1ten Januar 1831 bleibt die Regierungsform des Kurfürstentums monarchisch; nach § 10 der Verfassungs-Urkunde vereinigt der Landesherz alle Rechte der Staatsgewalt zu verfassungsmäßiger Ausübung in sich. Mit dieser, durch die Verfassungs-Urkunde gesicherten Grundlage des Staates muß, wo die monarchische Regierung zu selbstständiger Wirksamkeit berufen ist, eine freie davon unabhängige Gewalt schlechthin unvereinbar sein, in deren Verletzung es gelegt sein könnte, die Rechte der Staatsgewalt unmittelbar außer derjenigen selbstständigen Wirksamkeit zu legen, welche ihr bei ordentlichen Fällen durch den § 95 der Verfassungs-Urkunde anvertraut ist.

Mit dieser Wirksamkeit Unserer Regierung darf demnach irgend eine Thätigkeit Unserer Gerichte und Behörden, welche Unsere, zur Sicherheit des Staates und der bedrohten öffentlichen Ordnung ergriffenen Maßregeln einer Beurtheilung zu unterziehen und die selben durch Entscheidungen oder Verfügungen außer Anwendung zu bringen bewirkt, in keiner Weise in Widerspruch treten. Nur den Landständen kann es zustehen, durch Verlegung der verfassungsmäßig erforderlichen Bestimmung jene Maßregeln wieder in Wegfall zu bringen.

Wir konnten erwarten, daß alle Unsere Behörden, sowie die Gerichte jede Anwendung ihrer Kompetenz über den Boden, den wenn auch nur provisorisch geltende Gesetze bei außerordentlichen Vergehenden zu begründen haben, vermeiden würden. Wir müssen aber leider erfahren, daß von Gerichten Unseres Landes es unternommen ist, gegen die durch Unsere Verordnung vom 7ten d. M. getroffenen Einrichtungen unmittelbar einzuschreiten, und Uns daher genötigt, diesen Uebertretern abhelfende Maßregeln entgegenzusetzen, sowie alle Unternehmungen, von welcher Seite sie ausgehen möchten, die gegen die völlige Wirksamkeit Unserer Anordnungen in der befragten Verordnung gerichtet werden, zur gebührenden Bestrafung zu bringen.



und verordnen daher auf den Grund des § 95 der Verfassungs-  
Urkunde, auf den Antrag Unserer Gesamtheit Staatsministerien,  
was folgt:

§ 1.

Jede Cognition über die rechtliche Gültigkeit oder Wirksamkeit  
der gegenwärtigen, sowie der unterm 4ten und 7ten September  
l. J. von uns erlassenen Verordnungen ist ausgeschlossen, und  
wird jedes Verfahren für unstatthaft erklärt, welches unmittelbar  
oder mittelbar zum Zweck haben sollte, einen gerichtlichen Aus-  
spruch über die Frage nach der rechtlichen Gültigkeit oder Wir-  
ksamkeit jener Verordnungen herbeizuführen.

Angesehen werden alle, hienüt im Widerspruch stehenden und  
auf die angelegte Verfassungswidrigkeit der Verordnung vom  
4ten und 7ten September l. J. gegründeten Ansprüche der Ge-  
richte für unwirksam erklärt und jedes deshalb bereits eingeleitete  
gerichtliche Verfahren hienüt aufgehoben.

Dem Ober-Befehlshaber liegt die Verpflichtung ob, alle und  
jede bereits eingeleiteten Folgen solcher Ansprüche mit allen ihm  
zu Gebote stehenden Mitteln zu beseitigen, und haben dabei alle  
Behörden und öffentliche Diener seinen Befehlen die schuldige  
Folge zu leisten.

§ 2.

Von den Kriegsgewaltigen sollen folgende Vergehen auch der  
nicht zum Militär gehörigen Personen unterzogen und bestraft  
werden:

Jeder Ungehorsam und jede Widergesetzlichkeit gegen unsere im  
vorstehenden Paragraphen erwähnten, zur Sicherheit des Staates  
erlassenen Verordnungen, oder gegen die in Gemäßheit derselben  
erlassenen Anordnungen und Verfügungen des Ober-Befehls-  
habers, und dessen Organe, sowie jedes gegen unsere vorgeordneten  
Verordnungen und deren Vollziehung gerichtete Unternehmungen;

ferner jede Verhinderung der Bekanntmachung von Anordnun-  
gen und Verfügungen, welche von uns, unsern Ministerien oder  
von dem Ober-Befehlshaber und dessen Organen ausgegangen  
sind, insbesondere die unbefugte Abnahme oder Zerstörung des-  
halbiger Plakate;

sowie die in den §§ 19, 24, 25 und 29 der Verordnung vom  
22ten October 1830 erwähnten Vergehen der Störung der öffent-  
lichen Ruhe durch Zusammenlaufen und Lärm, die Aufforderung  
zur Störung der öffentlichen Ruhe mittelst Ausrufungen bei einer  
versammelten Volksmenge;

Johann die mittelbare Anreizung zum Ausruf durch öffentliche,  
Unzufriedenheit erregende Reden, oder durch Verbreitung falscher  
Nachrichten von bevorstehenden Gefahren oder der Landeswohl-  
fahrts nachtheiligen Unternehmungen;

endlich der Hausfriedensbruch und der Landfriedensbruch.

Die hier genannten Vergehen, mit Ausnahme des Vergehens  
der Verhinderung der Bekanntmachung von Anordnungen und  
Verfügungen, welches nach den Kriegsgesetzen zu ahnden ist, sollen  
jedoch vorläufig nicht nach den kriegsrechtlichen Strafbestimmun-  
gen, sondern nach den Civil-Strafgesetzen beziehungsweise dem  
geltenden allgemeinen Rechte, und zwar an öffentlichen Dienern  
mit Ausruf, bestraft werden.

Die Bestimmungen des § 7 unserer Verordnung vom 7ten d.  
M. erleiden durch die vorstehenden Anordnungen keine Ab-  
änderung.

§ 3.

Kommen durch die, von den Staatsbehörden bei den Gerichten,  
den Staatspolizei-Beörden, der Gendarmen u. s. w. in Ge-  
mäßheit ihrer Verpflichtung zu bestehende Anzeigen oder auf  
sonstige Weise Zuwiderhandlungen und Vergehen der im § 2 be-  
merkten Art zur Kenntniss des Ober-Befehlshabers oder der dem-  
selben untergeordneten Kommandanten, so ist von ihnen wegen  
Einführung der militärgerichtlichen Untersuchung und wegen des  
weiter Erfordernisses, von dem Ober-Befehlshaber wegen Zusam-  
menlegung des Kriegsgerichts die nöthige Verfügung zu treffen.

§ 4.

Die nach § 1 der Verordnung vom 7. September d. J. den  
Befehlen des Ober-Befehlshabers untergeordneten Bürgergar-  
den sind hinsichtlich ihrer Verpflegung ihrer Tätigkeit an die Um-  
gebung gebunden, welche deshalb von dem Ober-Befehlshaber oder  
den unter dessen Befehlen stehenden Kommandanten ergehen; Re-  
quisitionen der Civil-Beörden wegen benutzter Hülfleistungen  
durch die Bürgergarde können nur an die Militär-Kommandanten,  
deren Befehlen die Bürgergarde unterstellt ist, gerichtet werden.  
Lediglich diese Kommandanten haben zu bestimmen, ob und in  
welcher Weise die begehrte Hülfleistung einzutreten habe.

Sollten gleichwohl Requisitionen der erwähnten Art unmittelbar  
an die Bürgergarde gelangen, so liegt diesen die Verpflichtung  
ob, dieselben an den vorgeordneten Militär-Kommandanten abzugeben.

Gegen jeden dieserhalb sich zeigenden Ungehorsam und etwa ein-  
tretende Eigennützigkeit ist nach § 6 der Verordnung vom  
7. September d. J. von dem Ober-Befehlshaber beziehungsweise  
von den ihm untergebenen Kommandanten zu verfahren.

Urtheillich Unserer allerhöchstenkaiserlichen Unterfertigung und des  
beigedruckten Staatsiegels.

Wilhelmsbad, am 28. September 1850.

Friedrich Wilhelm.  
(St. C.)

Vt. Hassenpflug. Vt. Gannau. Vt. Baumbach.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm der 1ste, Kur-  
fürst v. Rheinl. u. Loth.

Indem Wir die vorstehende Verordnung erlassen, um den einrei-  
senden, durch die pflichtverpflichtete Ständeverammlung begonnenen  
Verhandlungen entgegenzutreten, sehen Wir Uns bewogen, noch über  
den Gegenstand, in welchem der Widerstand Unserer Beörden einen  
Anhaltspunkt zu finden glaubt, unsere Willensmeinung, wie sie hin-  
sichtlich der durch die Verfassungs-Urkunde aufgestellten Pflichten  
besteht, fest und offen auszusprechen.

Welche Bedeutung der nach § 80 der Verfassungs-Urkunde von  
jedem Staatsdiener abzulegende Eid hat, hinsichtlich der Verpflich-  
tung zum Gehorsam gegenüber den Befehlen und Anordnungen,  
die von uns unmittelbar oder von den Vorgesetzten der betreffen-  
den Diener ausgehen, zeigt die im § 61 enthaltene Aufzählung  
der Fälle, in welchen die Verantwortlichkeit der Diener soll in An-  
spruch genommen werden können.

Soll danach, was die Befolgung eines höheren Befehls angeht,  
nur die verfassungswidrige Form eines solchen einen Verant-  
wortlichkeit begründen, so ist diese eben dadurch als weggelassen  
erklärt, wo die Anordnung in verfassungsmäßiger Form ergan-  
gen ist.

Es wird dies weiter durch den § 42 des Staatsdienstgesetzes  
belegt, in welchem keinerlei Andeutung enthalten ist, dass einem in  
Dienststücken von der höheren Behörde ergangenen Befehle ein auf  
die Verfassungs-Urkunde sich stützendes Ungehorsam entgegengelegt  
werden dürfe.

Mit keiner Staatsordnung kann sich eine Einseitigkeit vertragen,  
welche den Diener unter Berufung auf eigene Auffassung der Ver-  
fassungs-Urkunde zum Ungehorsam berechtigt. Nicht von dem Ge-  
horsamen, nur von den Befehlenden kann die überall nach der  
Verfassungs-Urkunde eintretende Verantwortlichkeit zu tragen sein,  
falls die Staatsform eine monarchische bleibt, die Vereinigung aller  
Rechte der Staatsgewalt in dem Landesfürsten besteht, die Verant-  
wortlichkeit der Diener einen Sinn haben, die allgemeine  
Glaubwürdigkeit und Vollziehbarkeit aller landesherrlichen, von  
verantwortlichen Ministern contrasignirten Verordnungen noch eine  
Bedeutung behalten.

Niemals werden Wir zugeben, dass der zum Gehorsam Ange-  
wiesene durch seinen Widerstand in Wahrheit der Befehlende werde  
und in folgerichtiger Auffassung einer solchen Lehre die unterste  
Klasse der Diener die Ausführung von Anordnungen der Regie-  
rung sollte verweigern dürfen.

Eine solche Auslegung der Verfassungs-Urkunde, wie sie unseren  
Verordnungen entgegengestellt worden, haben Ständeverammlungen  
streit, und die ohne alle Verfassungsmäßigkeit Vergehungen hervor-  
durch die Ständeverammlung den händlichen Aufbruch, der die  
unsern Dienern keinen Anhaltspunkt gewährt, kann  
unsern Ministern haben in Ansehung ihrer Verpflichtung,  
die Dienstordnung zu handhaben, keine weitere Nothwendigkeit  
zu einer

solchen Geltendmachung von Eidespflichten bestehen zu lassen,  
die nur im Widerspruch oder Widergesetzlichkeit ihren Grund haben  
kann.

Urtheillich Unserer allerhöchstenkaiserlichen Unterfertigung und des  
beigedruckten Staatsiegels.

Wilhelmsbad, am 28. September 1850.

Friedrich Wilhelm.  
(St. C.)

Vt. Hassenpflug. Vt. Gannau. Vt. Baumbach.

**Fulda, 27. September.** Gestern Abend durchzogen starke  
Patrouillen die Stadt, die Weisung des kommandirenden Un-  
terschieds lautete: „in allen Gast- und Wirthshäusern sich nach  
fremden Soldaten zu erkundigen.“ Was dieses Manöver be-  
deuten soll, weiß hier Niemand. (Han. Z.)

**Frankfurt a. M., 29. Sept.** [Kurfürstliche Betref-  
fend.] Dem Vernehmen nach hat der kurfürstliche Premier-  
Minister die Absendung eines Kriegskommissars und eines  
Civilkommissars mit außerordentlichen Vollmachten nach  
Kassel beschlossen, wobei sich dieselben schon in einigen Tagen be-  
geben werden. Sie sind bereits ernannt. Ueber den Inhalt  
ihrer Instruktionen hat noch nichts verlautet. Diese sollen  
gestern noch nicht ausgearbeitet gewesen sein. Herr Has-  
senpflug soll sich nämlich seit einigen Tagen in einem leidenden  
Zustande befinden, dessen Fortdauer eine Modifikation des Kabi-  
nets nur beschleunigen würde. (D. A. Z.)

Die Situation der „Großdeutschen“ ist niemals un-  
glücklicher gewesen, als in diesem Augenblicke, wo sie völlig ent-  
larvt eingesehen müssen, daß ihr Streben nur auf Wieder-  
herstellung des Absolutismus und auf Zerstörung  
Deutschlands gerichtet war. Dennoch trösten sie sich noch und  
sprechen von Anwendung der äußersten Mittel, um ihre Ab-  
sichten gegen Preußen durchzusetzen. Leicht möglich, daß wir bald  
von einem Beschlusse der „Bundesversammlung“ hören, der  
Preußen in die Acht erklärt; es sind uns wenigstens Aeuße-  
rungen einzelner Klubmitglieder zu Ohren gekommen, aus denen  
wir abnehmen müssen, daß sie in der Wuth über ihre gegenwärtige  
Lage die tollsten Streiche zu begehren gedenken. Insbesondere  
hält sich Batern, nach Aeußerungen seiner hiesigen De-  
putierten, für berufen und im Stande, Preußen und dessen Ver-  
bündete zur Anerkennung des Bundesstaates zu zwingen. Man  
spricht, als ob es nur der Bildung eines Korps bei Regensburg  
bedürfe, um das Berliner Kabinett „zur Raision“ zu bringen.  
In der That vernehmen wir denn auch aus sehr guter Quelle,  
daß sich bairische Truppeneinstellungen vom Mittelpunkte  
bei Regensburg aus fächerförmig gegen Thüringen und den  
Main richten werden. (Const. Z.)

**Gotha, 27. Septbr.** [Proklamation. — Erceffe.]  
Durch die Wählerkreise der demokratischen Presse in Koburg,  
deren Leiter der kaum der Haft entlassene Feodor Streit ist, hat  
sich die bairische Landesregierung zu kräftigen, inibitiven Maß-  
regeln veranlaßt gefunden, indem die Bestimmungen des neuen  
thüringischen Strafgesetzbuches über Aufruhr publizirt  
und zugleich angeordnet worden ist, daß nach Eintritt der Polizei-  
kommission jede Anstiftung von Personen auf öffentlicher  
Straße durch die Bürgerwehr verhindert werden soll. Noch  
dringlicher Maßnahmen sind durch eine Bekanntmachung des  
Magistrats, in welcher die durch tägliche Wählerkreise irreführten  
Störer der geschlichen Ordnung vor weiteren Gesetzesverstoßnun-  
gen gewarnt werden, angedroht worden. — Von Koburg ange-  
kommene Mittheilungen enthalten die Nachricht, daß es daselbst be-  
reits zu thätlichen Ercessen gekommen und mehrere Fenster  
in den Häusern einiger Beamten eingeworfen worden sind. Die  
hier Behufs des Herbstmanövers befindlichen Soldaten haben Be-  
fehl zum Abmarsch nach Koburg bekommen. (Leip. Z.)

**Koburg, 26. September.** [Die Landstände.] haben  
nach längerer Vertagung heute wieder die erste Sitzung ge-  
halten. Die Staatsregierung zeigte an, daß sie den auf Koburg  
fallenden Beitrag zu den Verpflegungskosten der deutschen Reichs-  
truppen in Schleswig-Holstein aus dem Jahre 1849 mit  
2000 Rthl. an das Departement des Auswärtigen zu Regens-  
burg vollständig auszuzahlen verfügt habe und verlangt die nach-  
trägliche ständische Zustimmung. (N. C.)

**Karlruhe, 27. Sept.** [Reibungen.] Letzten Dienstag  
waren hier wieder Präliminarien zu einem großen Militärtra-  
wall. Nachmittags wurde von einigen preussischen Artilleristen  
ein bairischer Dragoner auf dem Wege nach Gottesau angegriffen,  
mißhandelt und in den Landgraben geworfen. Nachdem er sich  
wider herausgearbeitet hatte, griff er die Artilleristen an und er-  
hielt dabei Succurs von bairischen Artilleristen und Dragonern.  
Da die Hölle drohender Natur waren, wurde um 6 Uhr die  
dortliche Hornwache verstärkt. Die in der Stadt befindlichen  
bairischen Soldaten zogen nun bei Einbruch der Dunkelheit ge-  
gen die Reiterkaserne, und während sie von preuß. Husaren und  
Artilleristen mit „Freischärlern“ begrüßt wurden, gaben sie diesen  
auch nicht die mindesten Epitheta. Schon wollten die Husaren  
aus der Kaserne heraus und mit Waffen das Gehöftgezeir ab-  
kompagniren, als der Stadtkommandant v. Griesheim und  
der Dragoner-Oberst Prinz Friedrich von Waden die Strei-  
tenden trennten. Sogleich wurde der Befehl laut gemacht, daß  
nach halb 9 Uhr keine bairischen Dragoner und Artilleristen in  
die Stadt, keine preussischen Husaren und Artilleristen vor die  
Stadt gegen Gottesau und Durlach kommen dürfen. Um diesen  
Befehl pünktlich zu exequiren, parouillirten nun die beiden Par-  
teien in großer Zahl immer bis an das dortliche Thor, und  
wehe dem, der die Grenze überschreitet. In Folge dieser Vor-  
gänge ist am Mittwoch eine Anzahl Dragoner beurlaubt worden,  
um vom Schaauplatz der Schlägereien entfernt zu sein. (S. N.)

**Stuttgart, 27. September.** [Wahlprüfungen.] Dem  
Vernehmen nach hat der größere Ausschuss der Landesver-  
sammlung gestern, in Gegenwart des hiezü abgeordneten königlichen  
Kommissars, die bis jetzt eingekommenen Wahlurkunden geprüft  
und bereits mehr als zwei Drittheile der neu gewählten Abge-  
ordneten für legitimirt erkannt. Der Regierung wurde hieron  
die gefällige Anzeige erstattet, damit letztere die Einberufung des  
Landtags hienach anberaumen kann. (S.)

**Hannover, 30. Septbr.** [Preussisches Militär.]  
Gestern Mittag kamen 180 Mann preussische Husaren von  
Hanneln, wo sie Laurier genommen hatten, durch unsere  
Stadt, wie es hieß, auf dem Marsch nach Düsseldorf. Der  
Stadt-Kommandant Reitzberg und der Kommandeur der ersten  
Kavalleriebrigade, Generalmajor Graf Dedern, waren den Trup-  
pen entgegengeritten und führten sie vor dem Palais des Königs  
vorüber, der ans Fenster trat und ihre Honeurs entgegennahm.  
Die preussischen Truppen gingen dann in Linden ins Quartier.  
(S. f. N.)

**Notod, 28. Septbr.** [Der engere Ausschuss.] Der  
am 20. Dez. v. J. angelieferte engere Ausschuss ist heute Mit-  
tag 12 Uhr in seinem ehemaligen Lokale auf dem hiesigen Rath-  
haufe wieder reconstituirt und in das von dem Freiwalder Schieds-  
gericht ihm unter Mitherrschschaft des Staatsgrundgesetzes  
zugetheilte Dasein wieder eingesetzt worden. Von den ritter-  
schaftlichen Mitgliedern war außer den beiden Landräthen von  
Bücker-Ruppentien und von Malsan-Notenmoor nur  
der Deputirte des Staragardschen Kreises gegenwärtig; dagegen  
fehlte Engel-Charlottenthal. (N. Z.)

**Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.**

**Neudburg, 30. Sept.,** Nachmittags 2 1/2 Uhr. Bis zu  
diesem Augenblicke ist immer noch keine Nachricht hier einge-  
troffen, daß Friedrichsbad genommen sei. Unsere Sache liegt  
indef sehr gut dort zu stehen, und man darf wohl hoffen, daß  
heute noch die dänische Besatzung, die angeblich aus 3 Batai-  
lons bestehen soll, sich und die Stadt übergeben muß. Die

neuesten hier eingetroffenen Nachrichten reichen bis gestern 3 Uhr

Nachmittags; was dieselben melden, ist wesentlich das Folgende:

Das Gefecht war durch unsere Kanonendonner, die durch  
das Dampfgeschiff „Neudburg“ auf der Eider nach Friedrichs-  
bad hingeschleppt waren, eröffnet. Um 7 1/2 Uhr, wie ich  
Neudburg bereits schrieb, fiel der erste Schuß. Die Kanonen-  
batterien Nr. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Die Batterie hatte keinen weiteren Verlust als  
4 Pferde. Die äußeren Schanzwerke waren damit  
in unserer Hand; unsere Jäger standen am Deich in sehr  
geringer Entfernung den Dänen, die jenseits des Eiders und Ton-  
nen-Kanals an den Häusern standen, gegenüber. Nachdem die  
erste Schanze auf der Chauffee genommen war, stürmte das 6.  
Bataillon (1. und 2. Komp.) auf die zweite Schanze; das  
vor dem Blockhaus bekam es indeß ein so heftiges Stückgel-  
und Kartätschenfeuer, daß es sein Ziel nicht erlangte. Etwa 40  
Mann, darunter der Leut. Apel, fielen bei dieser Affaire ge-  
fallen. Die unter dem Hauptm. Schöning stehende Abtheilung  
des 1. Jägerkorps war unterdessen weiter westlich bei Wasserum  
mit Viten über die Eider gegangen. Die beiden Kompa-  
gnien nahmen Tönning und Garbing, und machten die  
dort befindlichen Dänen zu Gefangenen. Heute Mor-  
gen zwischen 7 und 8 Uhr wurden die letzteren hier eingebracht,  
zuerst 44, dann 59 Mann mit 2 Offizieren, die Leutenanten  
Baron Wedel-Wedelberg und Wörm. Der dänische  
Hauptmann Buhl, der sich zur Wehr setzen wollte, soll gefallen  
sein; die Mannschaft scheint sich schnell ergeben zu haben. Un-  
ter den Gefangenen sind 12 Verwundete; von unsern Jägern  
sind 3 Mann geblieben und etwa 8 bis 10 verwundet. Fried-  
richsbad war von unsern Truppen so gut wie einge-  
schlossen. Wir stehen mit einer Anzahl Geschütze nordwestlich  
von der Stadt in einer Stellung, die die Chauffee nach und  
von Husum vollkommen beherrscht, so daß der Feind eben so  
schwer entweichen als von Wismar her neue Truppen heran-  
ziehen kann. In der Stadt brannten 5 Häuser, die bei der  
Beschließung eines hinter ihnen liegenden Block-  
hauses Feuer fingen. Sie sehen, die Lage der Dinge ist für  
uns bis jetzt eine sehr günstige; deshalb freilich darf man immer  
noch nicht sanguinischen Hoffnungen unbedingt sich hingeben.  
Die Dänen werden wissen, wie wichtig der Besitz von Friedrichs-  
bad ist, namentlich auch mit Rücksicht auf die dort befindlichen  
großen Schleusen, durch welche die Treene aufgestaut ist,  
und sie werden das Mögliche thun, um sich zu behaupten. Ob  
sie nicht jetzt endlich auch auf dem geraden Wege hierher hinter  
ihren Verschanzungen bei Schleswig hervorkommen? Bis jetzt  
ist in dieser Richtung nichts von Bedeutung vorgefallen. Mehrere  
unserer Schwadronen mit zwei Geschützen der reitenden  
Batterie trafen jenseits Cropp gestern mit dänischer Kavallerie  
zusammen und wechselten einige Schüsse. Heute Morgen ist  
auch von dort her ein dänischer Husar wieder gefangen hier ein-  
gebracht. — Ein Vorposten der Unsern hatte sich gestern zu weit  
auf dem Bömerdam hinaus gewagt, bei welcher Gelegenheit  
selbiger zehn Mann — wovon einer todt, vier verwundet, fünf  
gefangen — verlor.

10 Uhr Abends. Noch immer Bombardement. 4 ver-  
wundete Dänen sind nach Seide gebracht. Nach so eben einge-  
kommenen Berichten sind in Lunden 163 Gefangene, worunter  
4 Offiziere, eingebracht worden.

**Altona, 30. Sept.** Abends. Tönning ist in unsern  
Händen; sämtliche Besatzung der Dänen ist entweder gefangen,  
verwundet oder geflohen; sie bestand aus 150 Mann circa.  
Dem Hauptmann sollen beide Weine abgeschossen sein. 2 Offi-  
ziere kamen mit dem Zuge, um nach Glückstadt transportirt zu  
werden. Bei Friedrichsbad sind 2 Schanzen mit dem Bonaparte  
genommen, mit 14 Kanonen, die vernagelt gewesen, und soll  
die Stadt von den Unsern eernirt sein. (Hamb. N.)

Russland.

**Warschau, 28. September.** [Ankunft der Kaiserin.]  
Die heutige offizielle Zeitung enthält folgende Meldung: Ihre  
Majestät die Kaiserin und Königin geruhte gestern um 5 1/2  
Uhr Abends in Warschau einzutreffen. Ihre t. Majestät waren be-  
gleitet von der Prinzessin der Niederlande Louise und deren Toch-  
ter, der Prinzessin Marie. — Die auf den Straßen zahlreich  
versammelten Einwohner begrüßten die er



## Frankreich.

\* **Breslau, 2. Oktober.** Die Nachrichten aus Paris vom 29. Septbr., so wie sämtliche rheinische Zeitungen, sind heute ausgeblieben.

## Sprechsaal.

### Kalenderschau.

Die Kalender-Literatur gewinnt in unserer Zeit, wo das Volk leben sich in größeren Bahnen zu bewegen beginnt, auch eine erhöhte Bedeutung. Ein weit verbreiteter Zweig der volkstümlichen Literatur, deren Hauptaufgabe es jetzt sein muß, die Ausbildung eines gesunden, politischen Sinnes im Volke zu befördern, können die Kalender sicherlich den wichtigsten Einfluß auf diese Ausbildung üben. Das Ziel, das sich der Volks-Literatur in dieser Richtung zum Anbau bietet, ist groß und weit, und die Tätigkeit der Schriftsteller auf diesem Gebiete kann von der tiefsten Bedeutung für unsere Zukunft werden, denn die politische Bildung eines Volkes ist auch die sicherste Stütze seiner politischen Freiheit.

Ich kann nicht sagen, daß die vielen Kalender für das Jahr 1851, die ich vor mir habe, das angeordnete Ziel im großen Ganzen erreichen, und entsprechende Einzelheiten können im Verhältnis zu der Größe der Aufgabe nur leicht in die Waagschale fallen. Im Allgemeinen behalten die Kalender ihren alten Gang und ihre herkömmliche Richtung. Ich werde mich daher bei meiner Ueberschau kurz fassen können, und beginne dieselbe mit den in Schlesien erscheinenden Kalendern. Es liegen mir von diesen drei vor:

1) **Trendelenburg's Volkskalender** — bietet in politischer Beziehung Nichts, als eine Aufzählung aller wichtigen Ereignisse bis zum Mai d. J.; im Genre der harmlosen Erzählung dagegen enthält dieser Kalender Vieles, was dem Publikum wohl empfohlen zu werden verdient. Von dem bekannten Volks-Schriftsteller Gerstner ist eine sehr anschauliche Beschreibung von Cincinnati (Typus einer amerikanischen Stadt) geliefert und von Theodor Drobisch finden wir mehrere schätzbare und gemüthvolle Erzählungen. Ein Gedicht von Holtei, „Gemalte Tausend“ zeichnet sich durch Originalität und Humor aus. Die Stahlstiche sind meist mit Geschmack ausgeführt, der Erfindung nach aber wenig bedeutend.

2) **Volkskalender und Jahrbuch**, herausgegeben von M. Breslau. Der Zusatz „insbesonders zum Gebrauch für Israeliten“ bezieht sich nur auf das Jahrbuch, denn außer dem üblichen Kalender finden wir auch den christlichen vollständig ausgeführt. Die literarischen Beiträge dieses Kalenders sind durchweg sehr gediegen gearbeitet, und werden auch von Christen mit Interesse gelesen werden. Die Aufsätze von Dr. Geiger, B. Friedmann, S. Delser behandeln speziell jüdische Angelegenheiten; ohne auf den Inhalt desselben einzugehen, will ich nur bemerken, daß sie geistvoll und gewandt geschrieben sind. Ein Aufsatz von Dr. Honigsmann „über Hebbels Drama: Herodes und Mariamne“ ist von einem bedeutenden ästhetischen Werthe.

3) **Der Vöte** — enthält viel Gemeinnütziges. Kurze Beschreibungen wie die von Kossuth und Louis Napoleon Bonaparte sind eine ganz empfehlenswerte Lektüre für das Volk; es lernt daraus die Männer der Zeit und die Zeit selbst kennen. Die neue Gemeinde-Ordnung kann man gewiss nur als eine nützliche Zugabe annehmen.

(Fortsetzung folgt.)

## Provincial-Beitung.

\* **Breslau, 2. Oktober.** [Die Vorwahlen zum Gemeinderath] nehmen bereits die Thätigkeit aller politischen Parteien unserer Stadt in Anspruch. Durch Circulare der sog. Konservativ-Konstitutionellen werden die Wähler einzelner Bezirke für morgen Abend zu vorbereitenden Versammlungen eingeladen.

\* **Breslau, 2. Oktober.** [Gewerberrath.] Die am 3. Juli vollzogenen Nachwahlen zum Gewerbe- und Gewerbergerichte sind dieser Tage durch die königliche Regierung bestätigt worden. Künftigen Freitag um 5 Uhr Nachmittags wird das Plenum sich von Neuem konstituieren.

\* **Breslau, 1. Oktober.** [14. Schwurgerichts-Sitzung.] Zweite Untersuchung wider die Schuhmachergehilfen August Julius Hoffmann und Edward Hanisch wegen zweier gewaltsamen Diebstahls und außerdem wegen gewaltsamen Diebstahls in unbewohnten Gebäuden.

Die Angeklagten wurden am 20. Septbr. v. J. früh nach 4 Uhr von dem Nachwachter Vogt dabei betreten, als sie die Thür des am Klinge belegenen, dem Schuhmacher Neittig gehörigen, Kellers durch gewaltsames Herausreißen der Schwelle eröffnet hatten, um dieselben einen Diebstahl zu begehen. In der Ausübung der That verhinderte sie der Wächter, der beide genau im Auge faßte und deshalb in der Voruntersuchung zu rekonstruieren im Stande war.

Im November begab sich die Köchin Luise dem Angeklagten Hoffmann, welcher eine dem Wächter entwendete Gans unter dem Arme trug; sie bewachte die Gans. Ein Begleiter des Hoffmann, der ebenfalls eine geflohenen Gans mit sich formen, war entkommen. Es ergab sich, daß die Thür einer im Pfarrhof des Pfarrers befindlichen Unterung gewaltsam eröffnet und so die Verübung des Diebstahls gelungen war.

Vorstehende Anklage war bereits am 21. v. Mts. zur Verhandlung gekommen und verlegt worden. Zeugen dinstagte damals in dem Angeklagten Hanisch den einflussreichen Begleiter des Hoffmann wiederzukennen; sie hat jedoch nach gewissenhafter Prüfung ihre beschuldigende Aussage zurückgenommen. Die Untersuchung, welche ohnehin durch mangelnde Beweise einen längeren Ausfall erlitten hat, wurde daher auf Antrag der Ober-Staatsanwaltschaft für heute wieder anberaumt.

Die Angeklagten leugnen hartnäckig. Erheblich ist nur das Verbrechen der Zeugen Vogt und Luise, durch deren Aussage die Anklage ihre volle Bekräftigung erhält. — Nachtr. Richter bekräftigt die Räumlichkeit des Pfarrhofes und der Unterung, wodurch der Einbruch geschehen ist. Die Verurteilung dieses Zeugen wird vom Präsidenten als nicht erforderlich erachtet und deshalb ausgesagt.

Entlassungsgesuche der Angeklagten. Die Richte soll befinden, daß er den Angekl. Hoffmann am Morgen des 30. Septbr. vor 4 Uhr, also vor dem die Anklage des Diebstahls verurtheilt habe. Dem widerspricht aber die Aussage des Zeugen, welcher behauptet, die Verurteilung sei erst gegen 5 Uhr erfolgt.

Ganisch bekräftigt sich auf das Zeugnis des zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilten Tagelöhners Decker, der sich zu dem am 30. Septbr. bei Neittig verübten Diebstahl bekannt habe. Die Vernehmung dieses wie der übrigen in Vorlage gebrachten Entlassungsgesuchen, wird vom Gerichtshof für nicht zulässig erachtet.

Nachdem die Ober-Staatsanwaltschaft und die Verteidigung ihre Pländer zu Ende geführt haben, sprechen die Geschworenen über beide Angeklagte das Schuldig aus.

Das hiesige Erkenntnis verurtheilt den Angekl. Hoffmann zu 12, den Angekl. Hanisch zu 10-jähriger Zuchthausstrafe mit Anrechnung monatlicher Unterungshaft. Gegen beide Angeklagte wird 12 resp. 10-jährige Stellung unter Polizeiaufsicht und Verlust der Nationalitätsrechte verurteilt.

\* **Breslau, 2. Oktbr.** [15. Schwurgerichts-Sitzung.] Erste Untersuchung wider die unehelichen Marie Elisabeth Gahn zu Groß-Petersberg wegen verheimlichter Schwangerschaft und Niederstufung und wegen Verstoßes des Kindes.

Der Beginn der Verhandlung erklärt der Präsident, daß die Defensanten aus Gründen der Stillsitzung ausgeschlossen sei und fordert das anwesende Publikum auf, den Saal zu räumen.

Was wir durch Mittheilungen über den Verlauf der heutigen Untersuchung erfahren, ist etwa folgendes. Am 11. Novbr. v. J. gebort die Angeklagte ein Kind und verlor dasselbe 2 Tage lang in ihrem

\*) Siehe Nr. 185 b. Jg.

Bette, welches sie unter dem Vorgeben plötzlicher Erkrankung nicht verließ. Am frühen Morgen des 13. Novbr. wurde sie von einer Nachbarkraut bemerkt, als sie mit einem Spaten und einem sorgfältig verpackten Gegenstand unter dem Baum sich aus dem elterlichen Hause entfernte. Dieser Umstand und eine frühere Beobachtung machten den Verdacht der Zeugin regte; sie meldete den Vorfall der Nachbarkraut. Es wurde sofort die nöthigen Recherchen angestellt, welche ergaben, daß die Angeklagte das von ihr geborene, und mutmaßlich gestorbene Kind unter der Dachtraufe des Nachbarhauses begraben hatte.

Die sehr umfangreichen gerichtlichen Gutachten stimmen in der Beobachtung überein, daß das Kind lebend zur Welt gekommen und stellen die Vermuthung auf, daß die Tödtung durch einen Druck am Kopfe erfolgt sei.

Die Angeklagte erklärt sich für nichtschuldig und bekennt unter Thränen, sie habe von ihrem Zustande bis zum Augenblicke der Niederstufung keine Kenntnis gehabt und den Vorfall nur aus Schamgefühl verheimlicht. Das Kind habe sie nicht getödtet; dasselbe sei vielmehr schon todt gewesen, als sie es in ihre Arme nahm.

Auf Antrag des Verteidigers, Ref. Koch, werden die gerichtlichen Gutachten in extenso verlesen. Das Zeugenerhörte erhebt den Vorbehalt, so weit er von der Angeklagten selbst zugegeben wird. Die Eltern der Angeklagten wissen über den Hergang der Sache nichts zu bekunden; die Mutter räumt ein, daß sie wiederholt auf den Zustand ihrer Tochter aufmerksam gemacht wurde.

Die Details der Vernehmung müssen hier füglich übergangen werden. Aus der Vernehmung sämtlicher Zeugen geht übrigens hervor, daß die Angeklagte von durchaus unbedeutendem Kufe war und so jeden Verdacht von sich abzulenken wußte.

Staatsanwalt Major Rathen beantragt das Schuldig wegen Verheimlichung der Schwangerschaft und Niederstufung und Verstoßes des Kindes.

Verteidiger Ref. Koch hält einen derartigen Spruch der Geschworenen für nicht zulässig, die nach ihrer freien Uebersetzung zu beurtheilen haben, ob ein Verbrechen, nicht ob der Verdacht eines solchen vorliegt.

Durch den Wahrspruch der Geschworenen wird die Angeklagte der verheimlichten Schwangerschaft und Niederstufung für schuldig, das Kindermordes dagegen für nicht schuldig erachtet.

Der Gerichtshof verurtheilt die Angeklagte wegen der beiden erhebenannten Vergehen zu 5-jähriger Zuchthausstrafe und spricht sie von dem Verdachte des Kindermordes frei.

(Berichtigung.) Durch ein Versehen sind die Namen der Herren Verteidiger in der Unterung wider Koch und Gessen nicht ganz richtig ausgeführt. Es fungierten nämlich die Rechtsanwälte: Gahn, Dietrichs, Haupt und Zeichmann.

\* **Breslau, 2. Oktober.** [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesien.] Sitzung vom 1. Oktober. Nachdem das Protokoll der vorigen Sitzung ohne Debatte angenommen worden, wurde folgende Tagesordnung festgesetzt:

1. Anträge, 2. Mittheilungen, 3. Recensionen von Büchern, Karten etc. 1. Folgende drei Anträge werden zum Beschluß erhoben:

a) Der Verein findet es wünschenswerth, Berichte über seine Wirksamkeit auch in den übrigen Zeitungen Breslaus veröffentlichen zu lassen;

b) Der Verein beauftragt den Antragsteller, die nöthigen Einleitungen dafür zu übernehmen;

c) Der Verein erwartet von dem ernannten Referenten kurze, genaue Berichte, ohne jede Polemik, wodurch viele bereits gegeben — der Sache des Vereins nur gebadet wird.

Antrag Becker: Der Central-Auswanderungs-Verein soll mit dem Chile-Verein in Verbindung treten und hierzu die erste Hand bieten. Mitglied beider Vereine, stellt die Vereinigung beider Vereine in nahe Aussicht, da die Statuten beider Vereine keine Hindernisse dazu in den Weg legen. Ihr will die Abscheidung einer Deputation an den Chile-Verein, dagegen erklärt sich der Vorstand nicht einverstanden, indem er den Verein als einen solchen betrachtet, der durchaus nicht ausschließlich für ein bestimmtes Auswanderungsgebiet wirkt und darum jedem Auswanderungswünsche, den Eintritt offen erhält. Der Antrag wird verworfen.

Kerner beantragt Becker: Der Verein solle eine Verbindung mit dem Berliner Verein für Colonisation und Centralisation deutscher Auswanderung eingehen. Winderlich sagt, daß er beabsichtige, einen Bericht der Vereins-Wirklichkeit des ablaufenden Semesters an die Haupt-Vereine zu Berlin, Rudolstadt, Darmstadt, Stuttgart etc. einzuschicken und dadurch die gewünschte Verbindung anzuknüpfen. Angenommen.

2. Mittheilungen. Auf dem Friedenskongresse zu Frankfurt wurde ausgesprochen, daß der „unnatürliche, markverzehrende und blutige brennende Friede der alten, gegenüber der fast solbatenlosen neuen Welt“ eine Hauptursache der Auswanderung sei. Ein Redner aus dem Kongresse aus dem Staate Missouri sagte unter anderem: „Von allen Nationen, die hier vertreten sind, haben wir Amerikaner das größte ausgeübte Land; es ist größer als ganz Europa. Da bin 160,000 Meilen gereist in Nordamerika und habe nirgend ein lebendes Heer gesehen. Wir führen Krieg ohne stehende Heere, wir nehmen unser Gewehr und wenn der Krieg aus ist, gehen wir wieder nach Hause. Wir brauchen keine Soldaten, um Ordnung zu erhalten. Hier auf dem Kontinent Europas, doch alle Kanonen, Säbel, Büchsen, alles zum Kriege gerüstet und doch alle Welt im tiefsten Frieden. In Amerika sind die Soldaten auf unserer Seite, hier nicht. Es kommen Auswanderer aus allen Theilen der Erde zu uns und können kaum glauben, daß wir ohne Armeen leben.“ Ein Schreiben aus Bremen zeugt von der fortgesetzten Opposition der Hansestädte gegen das dem Friedenskongresse vorgelagte preussische Auswanderungs-Gesetz. — Der „Holländer“, „Indien“ ist auf seiner Fahrt nach Bombay auf einem Risse am 4. April gescheitert. Der Vorliegende stellt die näheren Umstände dieses Unglücks mit. — Die Nordamerikaner wollen es möglich zu machen haben, binnen fünf Tagen den atlantischen Ocean zu durchqueren. Die Punkte Cap Canlo auf Neu-Schottland und Galway Bay auf Irland (ungefähr 2000 Meilen) zu durchqueren. „Nous verrons!“ Dem Vorleser scheint kein Ding unmöglich. — Am 13. August ist Ober-Kalifornien als Staat in die Union aufgenommen worden. — In Milwaukee (Wisconsin) ist eine der Cholera ähnliche Seuche ausgebrochen, welche in zwei Tagen 100 Menschen hinraffte. Sie beschränkt sich fast ganz auf die deutsche Bevölkerung. — Im August ist Schloß von Havre aus nach New-York abgefahren.

3. Galtard's Verträge in dem Berliner Verein deutscher Colonisation etc. wurden als vorzüglich befunden, wobei nur zu bedauern ist, daß das Buch nicht für die Vereinsbibliothek zu gewinnen ist. Kindermann's Schrift: Chile mit besonderer Rücksicht auf Valdivia wurde für die Bibliothek zu kaufen beschloßen.

Der Kauf einer groben und vorzüglichen Karte von Südamerika wurde ausgesprochen, bis eine eben so gute Karte von Nordamerika gefunden sein würde.

Der Vorlesende beauftragt im Namen des Vereines ein Mitglied desselben, dem Ehrenmitglied, welches sich wiederholt um den Verein verdient gemacht, den Dank des Vereines auszusprechen.

Die nächste Sitzung, Dienstag den 8. Oktober, Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht des Vorlesenden, Kassen-Angelegenheiten, Spectations-Angelegenheiten, Bibliothek, Audir des Vorstandes und Neuwahl. Eröffnung der Sitzung Punkt ¼ auf 8 Uhr. Der Eintritt ist nur gegen Vorweisung der Mitgliedskarte gestattet.

\* **Breslau, 1. Oktober.** [Aufenthaltskarten.] Die Einführung von Aufenthaltskarten für Auswärtige in Glogau und Görlitz nach Analogie früherer für Grünberg und Glogau zur Geltung gebrachten Bestimmungen aus den Jahren 1817 und 1821 ist keine ganz geringe Befähigung für das reisende Publikum und die von auswärtigen kommenden Besucher unserer Stadt, da die desfallsigen politischen Verordnungen nicht allein alle Ausländer, sondern auch fast alle Klassen von Inländern betreffen, welche in diesen Städten nicht anfänglich sind und einen längeren als zweitägigen Aufenthalt am Orte zu nehmen Veranlassung haben. Um zu einem solchen zweitägigen Aufenthalte herbeizuführen die Berechtigung zu haben, ist das persönliche Erscheinen des Fremden auf dem Polizeiamte erforderlich, wo das Personal-Signalement des Beabsichtigten nach einem ziemlich vollständigen Schema aufgenommen und in der Aufenthaltskarte vermerkt wird. Für letztere müssen auch Gebühren und zwar 5 Sgr. pro Karte gezahlt werden; in derselben werden 2 Rthl. Strafe angedroht für den Fall, daß eine Verlängerung der auf dem Polizeiamte angegebenen Aufenthaltszeit nicht angemeldet wird und bei der Abreise muß die Karte auch im Polizeibureau wieder zurückgegeben werden. Diese Maßregeln sind aber nicht bloß verdächtige Individuen unterworfen, sondern auch alle anständigen und rechtschaffenen Leute. Es können dergleichen Anordnungen übrigens wohl schwerlich zur Behebung des so sehr darniederliegenden Verkehres, von dem doch das Wohl und Wehe des Bürgers abhängig ist, beitragen, und wenn diese Beschränkungen, wie sie im Kiegnitzer Regierungsbezirke der amtlichen Bekannmachung zufolge in vier Städten, Grünberg, Glogau, Görlitz und Kiegnitz stattfinden, in ähnlicher Weise in den übrigen Regierungsbezirken zur Ausführung kommen, dann entsteht auch

noch eine nicht unerhebliche Ausgabe für alle die kleinen Pässe, die der Reisende in jeder solchen Stadt einzulösen hat.

\* **Oppeln, 2. Oktober.** [Jubiläum.] Gestern wurde das allgemeine bunte Gewirre der jetzigen politischen bewegten Zeit hier in gewissen Kreisen durch ein Berufsfecht, das 50-jährige Jubiläum des hiesigen Buchdruckers-Versegers und Buchhändlers Weilschäfer in der ersten Eigenschaft, angenehm unterbrochen. — Die dem Jubilär allgemein zu Theil werdende Achtung fand ihren Ausdruck am Vormittag in den vielfachen Gratulationen von Deputationen, Freunden und Gönnern, die in der Mittagsstunde ihren Glanzpunkt erreichte, als der Dr. Regierungs-Präsident, Graf Müller, der Mann, der es versteht, mit Geist und Herz auf das Gemüth zu wirken, an der Spitze von fünf Regierungs-Mitgliedern bei dem Jubilär eintrat, um die ihm von Sr. Majestät dem Könige für seine Gefinnungsthatigkeit verliehenen Insignien des rothen Adler-Ordens mit einer theilnehmenden, beglückwünschenden Ansprache zu übergeben. — Den Nachmittag und Abend verlebte der Jubilär in seinem Lieblings-Ausgange, der hiesigen Fremden-Lage, deren geachtetes Mitglied er seit 30 Jahren ist, wo ihm unter zahlreicher Versammlung die herzlichste Theilnahme an dem festlichen Feste dargebracht wurde. — Bei der Abends-Tafel in der Loge herrschte gemüthlicher Frohsinn, gewürzt durch mehrere sinnige, auf das Leben und den Beruf des Jubilärs bezügliche Erzählungen, die er um 10 Uhr verließ, um in den Kreis der ihn erwartenden Familie zurückzukehren.

\* **X. Jänner, 27. September.** [17. Schwurgerichts-Sitzung.] Der Herr Karl Friedrich Wilhelm Wandler aus Girsberg wird um 8 Uhr nach Eröffnung der Sitzung vorgeladen, er ist nicht erschienen. — Der Gerichtshof ist wie bekannt vertreten, die Staatsanwaltschaft durch Hrn. Katterfisch; die eintreffenden Geschworenen sind anwesend.

Durch den Gerichtsschreiber wird die Anklageschrift verlesen, aus welcher sich folgendes entnehmen:

Ohne die in der Verordnung vom 11. März 1850, welche am 10. April 1850 in Kraft trat, erlassene Anklage zu machen, hatte sich am 14. April die freie Gemeinde zu Girsberg am Ressourcen-Saale versammelt. Sie wurde durch den Landraths-Amts-Verweiser v. Gravenitz, mit Hilfe requirirter Wachtmännchen aufgelöst und diese Auflösung in Nr. 35 des zu Girsberg erscheinenden Wochenblattes „Der Sprecher“ in einem Artikel besprochen, welcher die Ueberschrift führte: „Die freie Gemeinde und ihre Widersacher.“ In diesem Artikel finden sich folgende Stellen:

1) Wir meinen auf unsern Rath angewendet, wenn am 31. Januar als Staats-Grundgesetz proklamirt wird: „Art. 12, die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religions-Gesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet.“ — wenn dies am 6. Februar vom König, den Kammern, den Ministern fidesch beworben wird, so kann nicht am 14. April ein Regierungs-Referendär und Landraths-Amts-Verweiser, eine in größter Eile, in würdiger Weise veranlassende Gemeinde, mit roher Gewalt auseinander treiben.

2) Wenn nicht ein Excess der Entrüstung die ganze hiesige Bevölkerung in Folge der politischen Gewaltthat, durchdrungen hat, so ist das eben kein glänzendes Zeugnis von dem stillen Zustande derselben. Im vorigen Jahrbuchend schon, als Preußen noch eine völlig absolute Verfassung hatte, sagte Friedrich II. „In meinen Landen kann Jeder nach seiner Fassung leben.“ Und am 14. April 1850, nachdem zwei Monate vorher ein Excess jenes Königs die in der Verfassung verbürgte Religionsfreiheit fidesch beworben hat, kommt Gravenitz I. Landraths-Amts-Verweiser von Girsberg und sagt: „In meinem Staate muß man nach meiner Fassung leben.“

3) Wenn wir diese Männer einander gegenüberstellen, so müssen wir der mehrthiligen Gewalt anerkennen, ernsthaft zu bleiben. Sollte der große Friedrich Kunde davon erhalten, er würde sich freuen zu sehen, wie hier in unsern Bergen, Seltsamkeiten und Regierungs-Referendären seine Grundbesitze mit preussischen Bajonetten, die der große König gegen Kosen und Panduren, aber nicht gegen friedlich versammelte Religions-Gemeinden gebraucht, zur Anwendung bringen.

Gr. v. Gravenitz füllt sich beleidigt und hat Befragung verlangt. Er. Wandler ist Verfasser jenes Artikels, wie der Redakteur des Wochenblattes „Der Sprecher“ behauptet, daß dieser Artikel eine Beleidigung enthalte. — In demselben wird aber der v. v. Gravenitz Gewaltthaten beschuldigt und lächerlich dargestellt.

Es wird angetragen: den v. Wandler wegen öffentlicher Beleidigung des Landraths-Amts-Verweisers v. Gravenitz, in Beziehung auf seinen Beruf, zu bestrafen.

Nach Vorlesung dieser Anklageschrift beantragt die Staats-Anwaltschaft, auf 4 Wochen Gefängnis zu erkennen. Dilem Anträge deferirt der Gerichtshof durch das sofort abgelesene und verlesene Contumazial-Arte.

Der Präsident Hr. Kreis-Gerichts-Director Detloff, schließt mit dieser Sitzung zugleich die Schwurgerichtsperiode.

\* **Gleiwitz, 1. Oktbr.** [16. Sitzungsperiode des Schwurgerichts in Gleiwitz.] Den 24. Sept. a) Der Knecht Valentin Jozurek aus Radun wurde wegen Entwendung einer trockenen Dachlatte aus dem Pionier-Küster und Wirthschaftsleiter gegen einen Forstbeamten mit einmündlicher Gefängnisstrafe belegt.

b) Der Hülfsarbeiter Franz Jünkeel mit seiner Ehefrau Josepha, geborene Hugi, ungefähr drei Jahre verheiratet, lebte anfänglich in zufriedener Ehe, sah später Abneigung gegen seine Ehefrau, und etwa vier Wochen vor dem 18. December 1848 den Entschluß, sie zu tödten. Der Mann arbeitete in Potempa, die Frau wohnte bei ihren Eltern in Nieraba; am 17. December brachte sie ihm seine Waise und trat den folgenden Morgen 8 Uhr ihren Heimweg an. Der Mann begleitete sie; in der Nähe des Baches, welcher von Potempa nach Nieraba fließt, schlug er sie, weil sie ihn geschimpft haben soll, mit der Schärfe der Hand gegen die linke Seite des Halses mit solcher Heftigkeit, daß sie zu Boden stürzte; in der Meinung, sie sei todt, schlepte er sie bis an den Bach, der an dieser Stelle mannshoch ist, und warf sie hinein. Nachmittags kehrte er allein nach Potempa zurück und arbeitete daselbst noch bis Anfang Februar 1849. Am 13. Februar wurde er verhaftet und gefesselt die That. Der Leichnam ward nach vielen Suchen erst am 20. Mai 1849, auf Brommer-Territorium in einem Strande ausgefunden und aus dem Wasser gezogen. Bei der Section des Leichnams wurde im Magen und in den Eingeweiden Aesent entdeckt; nach dem ärztlichen Gutachten war die schädliche Wirkung des Giftes aber noch nicht so weit vorgedrungen, um ihr den Tod der Verstorbenen zuzuschreiben; dieselbe ist höchst wahrscheinlich ertrunken. Der Mörder wurde zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

Der Vertheiler zu Ausgange war mit seiner Familie am Pfingstsonntage v. J. zum Gottesdienst nach Tarnowitz gefahren. In dieser Zeit betrat zwei Männer unter irgend einem Vorwande seine Wohnung, in welcher nur zwei weibliche Dienstmädchen zurückgeblieben waren, welche die Männer anwiesen, plündernd zurückzukehren und in die Hände gingen. In demselben Augenblicke ward die Thüre zugeschloßen und von außen verriegelt, aus mit einem Wasserseil verankert. Den Dienstboten gelang es erst nach einer Viertelstunde, die Thüre durch einen eingetriebenen Keil zu öffnen. In dieser Zeit hatten die Plünderer den Schrein in der Wohnstube zerhackt, daraus 200 Rthl., meist in Kassenanweisungen, Silberzeug, eine silberne Uhr etc., aus dem Zimmer zwei Kisten, zwei Flöten und neun Ellen Zuch gebohlen worden. — Den ersten Einbruch hat der Schmeiß Zuch, Gersb in Gemeinschaft mit Rodus Thomisch, den letzten Gersb allein verübt. Beide, wegen früherer Diebstahls bereits bestrafte Männer, wurden hier verhaftet. Sie wurden wegen der hier angeführten Verbrechen zu 4 Jahr, Thomisch zu 11 Jahr Zuchthaus, Verlust der Nationalitätsrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht von 5 und 11 Jahren, verurtheilt.

Den 26. Sept. a) Der Händler Franz Rast aus Jezowa hatte einige falsche Ballethaler aus einer Mischung von Blei und Zinn gegossen und seine Frau, welche dieselben in einem Kasten seines Mannes aufbewahrt, angeblich ohne zu wissen, daß sie falsch seien, aus demselben Kasten v. J. zum Ankauf von Leinwand aus dem Jahrmarkt zu Guttenberg verwendet. Der Mann wurde wegen Unterung falscher Münzen zu zwei Jahren Zuchthaus und zwei Jahr Stellung unter Polizeiaufsicht, die Frau wegen wissenschaftlicher Verbreitung falscher Münzen, zu sieben Wochen Gefängnis und vier Jahren Strafe, oder sieben Tage Arrest, auch beide in die Prozeßkosten verurtheilt.

b) Der Defonon Gräz wurde viermal Diebstahl, von seinem Vater angeklagt, ihm drei Kupferstücke im Werthe von einem Thaler, und sechs Gulden Rthl. im Werthe von sechs Silbergrößen, entwendet zu haben, wurde freigesprochen.

Den 27. Sept. wurde ein Händler aus Schwibben wegen Widersprechlichkeit gegen einen Forstbeamten bei Ausübung seines Amtes mit 6 Monat Gefängnis bestraft.

Derselben Vergehen angeklagt waren ein Freigärtner und Kretzbauer aus Plüder, die Geschworenen sprachen aber, nicht schuldig aus.

Den 28. Sept. Der Knecht Paul Rasda zu Goczalkowitz hatte in Gemeinschaft mit dem Zof. Gurka aus Nierba ein Pferd in Dettewitz bei dem Stellenbesitzer Kühne zu Nierba in der Nacht zum 2ten Juni v. J. einen Einbruch verübt, und eine Menge Kleidungsstücke, im Werthe von 58 Rthl. 12 Kr. gestohlen. Am 3. Juli wurden sie verhaftet und an die Gerichtsbehörde zu Gleiwitz eingeliefert; in der Nacht zum 12. Juli entpanden sie aus dem dargen Kriminallagerhaus, und zwei Tage darauf stahlen sie aus einem verlassenen Hause zu Nierba eine schwarze Stiefel, 28 Rthl. werth, schleppten die Stiefel in das Gefängnis etc. — Gurka wurde verhaftet, als dritter Verurtheilter wegen dieser beiden in Dettewitz verübten Verbrechen an die vorigen Behörden ausgeliefert und von ihnen zu zehnmündlicher schwerer Kerkersstrafe verurtheilt. — Rasda, wegen Diebstahl bereits zweimal bestraft, wurde fidesch verfolgt und ebenfalls zum Haft gebracht, beim Einbruch des Stiefel die hiesige Hand gefesselt zu haben, längere aber keine Mitwirkung bei den Diebstählen. Er wurde zu Kerkersverlust, 5 Jahr Zuchthaus, 5 Jahr Stellung unter Polizeiaufsicht, wegen Zuchthausstrafe mit dem vierfachen Betrage der dem Staate unterliegenden Gefängnis, also mit 12 Jahr, und mit einer Geldstrafe von 18 Rthl. 20 Sgr. oder dreiwöchentlichen Gefängnisstrafe und in die Kosten verurtheilt.

Den 30. Sept. a) Der Tagelöhner Valentin Wande aus Ponischowitz, bereits wegen kleinen dritten Diebstahls bestraft, wurde, weil er einem Schneider zu Boguslawitz, bei dem er übernachtete, eine Weste und ein Paar Anzugsstücke, und einem Rodentagier zu Ponischowitz aus seinem Hofe eine Gans gestohlen hatte, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt.

b) Der Einlieger Johann Krowitz aus Kietz, der Einlieger Joh. Boruta und der Kolonist Franz Pannet aus Nierba, wurden wegen eines nächtlichen Einbruchs im April v. J. der erste mit drei, die andern beiden zu einjähriger Zuchthausstrafe und Kerkersverlust bestraft; außerdem werden sie zu drei und ein Jahr unter Polizeiaufsicht gestellt.

(Derichl. Wand.)

\* **Mannigfaltiges.**

— (Berlin, 1. Oktbr.) [Der Philologen-Kongress.] Nachdem zu Beginn der heutigen Sitzung auf Antrag des Vorstehenden der schloß worden war, dem Ausschuß, der die Wahl des nächsten Kongresses vorzubereiten hat, auch die Revision der Statuten unter Zustimmung des Herrn Direktor G. Klein zu übertragen, wird Herr Jacob Schleswig-Holstein.

Auf welcher Stelle deutschen Bodens immer deutsche Männer sich versammeln; dürfte nicht unterlassen werden, dieser Sache zu gedenken. Kein ruhenderes Beispiel kenne die deutsche Geschichte einer Unabhängigkeit zweier Volkstämme an einander und an dem gemeinsamen Vaterlande. Ein in unserer allgemeinen Zerknirschung um so erhabeneres Beispiel schaltender Treue! Welche große Aussicht für das einst geeinigte Vaterland, wenn seine Stämme diesem Beispiele folgten! Schon jetzt steht es die besten Gemüther an sich, der vor allen ihnen Söhnen zu den öffentlichen Geschäften Deutschlands berufenen Mann, Heinrich v. Gagern, habe sein Leben an das Schicksal dieser Brüder geknüpft. „Ihr werdet die deutsche Nation nicht verlassen haben, der in Athen schlief, sein einziger Sohn trägt in ihren Reihen die Wueste. Und so in allen Gegenden Deutschlands. Diese Beispiele werden viel häufiger sein, traten nicht Hindernisse entgegen.“ — Ihr wißt, welche! Der Redner ermahnt, nicht durch Muthlosigkeit der Sache Schleswig-Holsteins sich zu entziehen, deren Kall und Erhebung mit dem Schicksale Deutschlands zusammenzufallen. Auch ohne unser Gedächtniß, wie es in dem antiken einfachen Worte: „nunc erue deus gelag ist, Gott sei nicht verlassen, nur dürfen wir die Hand nicht in den Schoos legen. Nach einem Seitenblick auf den hartnäckigen Vorgang der Stuttgarter Theologen, die sich auf eine trotzig verdrängte Kraft beschränkt hatten, forderte der Redner die Versammlung auf, mit freier und freien Worten zu erklären:

„Die Sache Schleswig-Holsteins ist eine gerechte, heilige und unverbrüchliche des ganzen Deutschlands.“

Diese Erklärung wurde ein Tröstlein gegen den Hohn, der von den Dänen über unsere Brüder ausgesprochen wurde; ja, eine Lehre für jene selbst, denn noch steht deutsche Wissenschaft dort hoch in Ehren.

Diese Worte, von denen es recht eigentümlich heißen dürfte, die Brust mache der Redner, — verließen des tieferschütternden Einbruchs nicht, und dieser Einbruch hielt stand gegen die Ablenkung durch eine wackere, doch vielleicht nicht ganz in diesem Augenblicke gehörige Herabsetzung des Schutzes der Kerkersstrafe gegen das Angeklagte, eines Komitees.

Es bedurfte kaum der Zurückführung durch einen dritten Sprecher: — die Versammlung erob sich einmüthig, sobald ihr der Vorlesende die Aufforderung Jacob Grimm's als formellen Antrag vorlegte.

Der Tagesordnung gemäß folgte ein Vortrag Gersb's (von Babel) über das Verhältniß der Uebersetzung zur Wissenschaft in Bezug auf die Gründung Roms. Der Raum unserer Blätter unterläßt und leider eine einigermaßen eingehende Mittheilung über diese vorläufige von einem sehr fideschlichen Selbstzeugnisse Abhandlung. Uns ist kaum eine strengere, schärfere Sonderung des Stoffes bekannt, wie vieler in die drei Gebiete der Sage, Dichtung und Geschichte zertheilt ist, und eine fideschere, klarere Anwendung der augestellten Grundbegriffe auf den vorliegenden Gegenstand. Auch kann nichts wohlwollender und anregender wirken, als eine so gelungene Lösung der Aufgabe, den positiven Gehalt jener der Geschichte zu retten und zu verjüngen. Eine Ausgabe, die ungleich schwieriger ist, als das Geschicht der bloß negativen, zerlegenden Kritik. Wie sich diese in den von ihr erdachten Unvollkommenheiten gänzlich verliert und in willkürlichen Illustrationen untergeht, auch das wurde trefflich nachgewiesen, und dagegen aus dem ganzen Charakter Roms und seiner Geschichte heraus, die Persönlichkeit mit den Thaten, die sie hervorrief, fidesch behauptet, so wie der Reiz des Schwindels, in den die Sage sie geleitet, der eigenen That ihres Volkes zugeprochen.

Den Beschluß machte Herr Gerhard mit interessanten Betrachtungen über das ganze Gebiet der Archäologie, dessen Erweiterungen in der neuesten Zeit durch wichtige Funde er nachwies. Der Redner nahm zugleich Gelegenheit, den ungemeinen Reichtum und die Vollständigkeit der hiesigen Kunstsammlungen zu rühmen und ihre Benutzung den Philologen aus Herz zu legen, denen namentlich das, wie in der Sprache, so hier sich kundgebende gleichmäßige Sprachgefühl so wichtig sein mußte. Es sei zu bedauern, daß die Archäologie noch so wenig sich von Dichtungen und Dilettanten emancipiren könne, um so mehr thue auch ihr noth, daß Philologen sich ihrer Bemühungen nach dem Vorgehen von Männern, wie Wilhelm Müller, Joseph Gervin, Dietrich Müller, während man mit Nacht angefangen habe, die Richtungen zu verfolgen, welche Leistung und Geistes angeschlossen. Nicht übrigens für die Schule fordere er eine Anleitung zur Archäologie, — hier genügt gelegentliche, bedeutende Aufnahmen bei der Erläuterung etwa Homer's u. s. w.; wohl aber dem akademischen Unterricht sei die Kenntnis eines Gebietes einzufließen, dessen Wichtigkeit für die Geschichte und Literatur anerkannt werde. Schließlich wird Herr Gerhard zu den Vorträgen ein, die er allen besonders sich für diese Studien Interessirenden, unter Vorlegung der monumentalen Werke selbst, während der Dauer des Kongresses zu halten sich erboten hat.

Esobn geht uns die Nachricht zu, daß ein ähnlicher Antrag, wie der von G. Grimm, heute von Dr. Bodemann in der Versammlung der Orientalisten gestellt und einstimmig angenommen wurde. Wir behalten uns nähere Mittheilungen für das Morgenblatt vor.

(C. 3.)

— Heute fand die Einföhrung des neuen Gemeinderaths im Saale der früheren Stadterordneten-Versammlung im hiesigen Rathshaus statt. Der Bürgermeister Nauyitz fungierte als Stadterordneten-Kommissar. Er war von allen Mitgliedern des Magistrats, sammtlich mit den vielberühmten goldenen Ketten geschmückt, umgeben. Der Schatz des Magistrats über die Geschichte der Verwaltung der hiesigen städtischen Verwaltung war ein Lebehoch auf St. Blas den König, in welches die ganze Versammlung einstimme. — Hieran schloß sich der Gemeinderath und wählte mit 63 von 95 Stimmen den früheren Bürgermeister, jetzigen Eisenbahn-Direktor Krausner zum Vorsitzenden. Der Gewählte war zur Zeit der Märzrevolution Vorsteher der Stadterordneten-Versammlung. Der Kaufmann Schönbach wurde zum Stellvertreter gewählt. Der zum Mitgliede des Gemeinderaths gewählte Herr Radziwyl war in der Versammlung gleichfalls anwesend.

(C. 4.)

— Die von einigen Blättern mitgetheilte Nachricht über die Verhaftung des angeblichen kaiserlichen Offiziers bekräftigt sich nicht. Der kaiserliche Offizier, welcher in der Nacht zum 2ten Juni v. J. einen Einbruch verübt, und eine Menge Kleidungsstücke, im Werthe von 58 Rthl. 12 Kr. gestohlen. Am 3. Juli wurden sie verhaftet und an die Gerichtsbehörde zu Gleiwitz eingeliefert; in der Nacht zum 12. Juli entpanden sie aus dem dargen Kriminallagerhaus, und zwei Tage darauf stahlen sie aus einem verlassenen Hause zu Nierba eine schwarze Stiefel, 28 Rthl. werth, schleppten die Stiefel in das Gefängnis etc. — Gurka wurde verhaftet, als dritter Verurtheilter wegen dieser beiden in Dettewitz verübten Verbrechen an die vorigen Behörden ausgeliefert und von ihnen zu zehnmündlicher schwerer Kerkersstrafe verurtheilt. — Rasda, wegen Diebstahl bereits zweimal bestraft, wurde fidesch verfolgt und ebenfalls zum Haft gebracht, beim Einbruch des Stiefel die hiesige Hand gefesselt zu haben, längere aber keine Mitwirkung bei den Diebstählen. Er wurde zu Kerkersverlust, 5 Jahr Zuchthaus, 5 Jahr Stellung unter Polizeiaufsicht, wegen Zuchthausstrafe mit dem vierfachen Betrage der dem Staate unterliegenden Gefängnis, also mit 12 Jahr, und mit einer Geldstrafe von 18 Rthl. 20 Sgr. oder dreiwöchentlichen Gefängnisstrafe und in die Kosten verurtheilt.

(C. 5.)

— Heute fand die Einföhrung des neuen Gemeinderaths im Saale der früheren Stadterordneten-Versammlung im hiesigen Rathshaus statt. Der Bürgermeister Nauyitz fungierte als Stadterordneten-Kommissar. Er war von allen Mitgliedern des Magistrats, sammtlich mit den vielberühmten goldenen Ketten geschmückt, umgeben. Der Schatz des Magistrats über die Geschichte der Verwaltung der hiesigen städtischen Verwaltung war ein Lebehoch auf St. Blas den König, in welches die ganze Versammlung einstimme. — Hieran schloß sich der Gemeinderath und wählte mit 63 von 95 Stimmen den früheren Bürgermeister, jetzigen Eisenbahn-Direktor Krausner zum Vorsitzenden. Der Gewählte war



